

NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung der Bad Königer Stadtverordnetenversammlung am 9. Februar 2012
im Großen Saal der Rentmeisterei

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 22.35 Uhr

Anwesende:

a) von der Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenvorsteher	SPD	Thomas Seifert
Stadtverordnete	SPD	Raoul Giebenhain
	SPD	Willi Jäckel
	SPD	Roger Nisch
	SPD	Gerhard Zeltner
	SPD	Frank Bittner
	SPD	Rainer Hofmann
	SPD	Reinhold Nisch
	SPD	Jürgen Reeg
	CDU	Oswin Jäger
	CDU	Jochen Blatz
	CDU	Ludwig Fleck
	CDU	Willi Reichert
	CDU	Margit Winkler
	CDU	Sabine Trumppheller
	ZBK	Martin Schlingmann
	ZBK	Steffen Urich
	ZBK	Rolf Landgraf
	ZBK	Heike Jäger
	ZBK	Dr. Ulrich Herrmann
	ZBK	Beate Beerbohm
	ZBK	Dr. Georg Strack
	Bündnis 90/Die Grünen	Hedwig Seiler
	Bündnis 90/Die Grünen	Peter Krebs
	Bürgerliste	Thomas Riedl
	Bürgerliste	Bernd Gottschalk

Es fehlten entschuldigt:

CDU

Martin Bereiter

b) vom Magistrat

Bürgermeister	parteilos	Uwe Veith
Stadtrat	SPD	Gernot Hofmann
Stadtrat	SPD	Jörg Seifert
Stadtrat	ZBK	Klaus-Dieter Kuckuk

c) von der Verwaltung

Hauptamtsleiter		Thomas Lust
Finanzabteilungsleiter		Markus Best
Stadtbaumeister		Matthias Paul
Schriftführerin		Anja Bundschuh

d) von der Presse

Herr Mohr

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die 10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der laufenden Legislaturperiode und begrüßt die anwesenden Damen und Herren Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats, die Mitarbeiter der Verwaltung, den Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer.

Anschließend stellt Herr Thomas Seifert die form- und fristgerecht ergangene Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Von den 27 Damen und Herren Stadtverordneten sind 26 anwesend.

Zum TOP 10 wurde nunmehr der Ortsbeirat angehört. Die Stellungnahme kann abgegeben werden. Insofern wird einstimmig beschlossen, den TOP 10 in der heutigen Sitzung zu behandeln.

Es gilt folgende

<u>Tagesordnung</u>

1. **Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung**
2. **Mitteilungen**
3. **Berichte**
 - a) **Berichte der Ausschussvorsitzenden**
 - b) **Berichte aus den Verbandsversammlungen**
 - c) **Eingegangene Anträge**
4. **Einbringung Haushalt 2012**
5. **Beratung über den 3. Vierteljahresbericht (STVV 68)**
6. **Bericht der Kurgeschäftsführerin**
7. **Bildung eines Akteneinsichtsausschusses –Wasserhaushalt-**
8. **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 13.12.2011,
hier: Erstellung und Inkraftsetzung einer Baumschutzordnung für die Stadt Bad König (STVV 69)**
9. **Beratung und Beschlussfassung zur Bauleitplanung eines Dritten
hier: Gewerbegebiet Brombachtaler Straße 9 (STVV 70)**
 - a) **Antrag eines Dritten (Privaten) auf Bauleitplanung, sowie Abschluss eines städtebaulichen Vertrages**
 - b) **Einvernahmen zu dem vorgelegten Vorentwurf des städtebaulichen Vertrages**
 - c) **Beschlussfassung und Aufstellungsbeschluss**
10. **Beratung und Beschlussfassung über die Bauleitplanung der Stadt Bad König
hier: B-Plan Nr. 3, 5. Änderung Etzen-Gesäß, In den Wässerwiesen**
 - a) **Abwägungsvorgang gemäß §§ 3, 4 und 13 BauGB sowie, sofern sich keine wesentlichen Änderungen ergeben**
 - b) **Beschlussfassung zum Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB**
11. **Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Einbindung von privatem Sachverstand in die Betriebsführung der Kurgesellschaft
Antrag der ZBK-Fraktion vom 10.05.2011
hier: Firma GIG mbH, Eschwege, Geschäftsführer Lüllepop**
12. **Anfragen**

TOP 2	Mitteilungen
--------------	---------------------

Der Bürgermeister gibt den Magistratesbericht für die Zeit vom 15.12.2011 bis 09.02.2012, der als Anlage dem Original des Protokolls beigefügt wird.

Dem Stadtverordnetenvorsteher sind am 13.01.2012 per Mail zwei Änderungswünsche zum Protokoll vom 29.12.2011 zugegangen. Grundsätzlich merkt er an, dass man sich in der nächsten gemeinsamen Fraktionssitzung über die Art und Weise wie in Zukunft Protokoll geführt werden soll und wie das Protokoll aussehen kann, unterhalten muss.

Herr Jäger bittet um zwei, in der Sache wichtige Ergänzungen zum Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 29.12.2011

- 1.) Nach seinen Ausführungen zum Thema Nachtragshaushalt und Haushaltssatzung, hier insbesondere die Stellungnahme zum Haushalt 2011 durch die Kreisbehörde, antwortete der Bürgermeister: „Die Kommunalaufsicht ist über die geplante Erhöhung informiert, seitens des Odenwaldkreises gibt es keine Bedenken zur Erhöhung des Kassenkredites“.
- 2.) Im Anschluss an die Ausführungen des Kämmerers Markus Best stellte er dem Bürgermeister folgende Frage: „Sollten unsere Kassenkredite ausgeschöpft sein, ist es dann gänzlich unmöglich weitere Finanzmittel durch das Parlament genehmigen zu lassen.“ Die Antwort des Bürgermeisters darauf war: „Nein, eine weitere Erlangung von Finanzmitteln ist dann ausgeschlossen“.

Insbesondere zu Punkt 2 habe er die Protokollführung explizit gebeten, seine Frage, sowie die Antwort des Bürgermeisters zu protokollieren.

Der Bürgermeister behält sich vor, nach Sichtung seiner Unterlagen zu dieser Sitzung, zu diesen Ergänzungen eine Stellungnahme abzugeben. (Die Stellungnahme des Bürgermeisters ist als Anhang 1 den Protokoll angefügt)

TOP 3 a)	Berichte aus den Ausschüssen
-----------------	-------------------------------------

Herr Rolf Landgraf berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, der am 25.01.2012 getagt hat.

Herr Frank Bittner berichtet aus der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, der am 01.02.2012 beraten hat.

TOP 3 b)	Berichte aus den Verbandsversammlungen
-----------------	---

Herr Urich berichtet aus der Sitzung des Wasserverbandes Untere Mümling, die am 09.02.2012 stattgefunden hat. Herr Landrat Kübler gab einen Anfangsbericht ab. Die Infrastruktur des Marbachstausees soll gestärkt werden. Verschiedene Maßnahmen, wie Tretbootfahren, Kiosk, Gastronomie, Wohnmobilstellplätze usw. sind angedacht. Herr Sottong der Wasserbauingenieur berichtete über die notwendige Totalentleerung des Sees in 2015. Diese Entleerung wird sehr kostenintensiv werden, daher ist geplant die Umlage um 3% zu erhöhen. Für Bad König ist die Herstellung eines Retentionsraumes in Nieder-Kinzig geplant. Ebenfalls wird die Aufweitung der Kinzig in Etzen-Gesäß geprüft. Eine Kanalsanierung in Nieder-Kinzig ist gemeinsam mit dem Abwasserverband geplant.

Frau Seiler berichtet aus der Sitzung des Müllabfuhrzweckverbandes, die im Januar 2012 stattgefunden hat. Der Haushalt wurde verabschiedet. Der Vorstandsvorsteher Verst wurde für weitere 4 Jahre gewählt. Gebührenerhöhungen sind nicht geplant. Als bald will der Verband das Müllheizkraftwerk in Darmstadt besuchen.

TOP 3 c) Eingegangene Anträge

Es ist folgender Antrag eingegangen:

- 1.) Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2012
 Bürgerbeteiligung im Hinblick auf Verbesserungs- und Einsparvorschläge
Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

TOP 4 Einbringung Haushalt 2012-02-15

Der Bürgermeister hält die Einbringungsrede zum Haushalt 2012, die als Anlage zum Originalprotokoll genommen wird.

Im Anschluss wird der Entwurf an alle Stadtverordneten verteilt. Der Haushalt wird ohne Aussprache in die Ausschüsse verwiesen.

TOP 5 Beratung über den Vierteljahresbericht (STVV 68)

Es ergeben sich keine Fragen.

TOP 6 Bericht der Kurgeschäftsleiterin

Frau Inge Ollmann, Kurgeschäftsleiterin gibt ihren Bericht ab.

Die vorläufige BWA für Dezember liegt vor, so dass sie eine erste Übersicht über das vergangene Jahr geben kann. Trotz der 14tägigen Schließzeit konnten Besucherzahlen von 170.253 erreicht werden, das sind durchschnittlich 467 Personen pro Tag. (2010 ca. 178.000, durchschn. 489 pro Tag) Erfreulich ist der Wiederanstieg des Durchschnittseintrittspreises von noch 7,77 € brutto im letzten Jahr auf 8,33 € in diesem Jahr. Dies konnte vor allem durch die Neustrukturierung der Kooperationspartner, als auch durch Anhebung der Preise erreicht werden. Weiterhin erfreulich ist das gute Ergebnis im Weihnachtsgeschäft. Das Ergebnis des Vorjahres konnte um 33.000 € überschritten werden.

Die geplanten Umsatzerlöse werden voraussichtlich nicht in allen Bereichen erreicht werden können. So bleiben das Bad, die Gastronomie im Bad, die Therapieabteilung und die Meersalzgrotte unter den geplanten Werten, während die Sauna, die Wellnessabteilung, die Wellnesspauschalen und die Gastronomie in der Wandelhalle über den geplanten Werten abschließen werden.

Insgesamt ist die Kurgesellschaft dennoch nicht mit den im Haushalt eingestellten Zuweisungen ausgekommen, da es liquiditätswirksame Parameter gibt, die in der Wirtschaftsplanung nicht ihren Niederschlag finden, sich jedoch stark liquiditätsbelastend auswirken. Auf diese Problematik ist bereits mehrfach hingewiesen worden. Dies wird sich auch im kommenden Jahr noch einmal deutlich verstärken und lässt sich nicht beeinflussen. Derzeit finden wieder Gespräche statt, bei welchen auch für diese Problematik adäquate Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden sollen.

Die starke Erhöhung der Heizkosten wird uns weiterhin im nächsten Jahr belasten. Erfreulicherweise ist es zu einer Einigung mit der HSE gekommen. Sie erlaubt uns in diesem Jahr die Wärmelieferung europaweit auszuschreiben. Auch hier ist ein Mitteleinsatz zu erwarten, der sich aber hoffentlich in kurzer Zeit amortisieren wird.

Gespräche zum Kapitalsdienst werden in Kürze geführt werden, Kommunalaufsicht und RP sollen in die Lösungsfindung eingebunden werden.

Ein Interessent für die Pacht der Restaurants hat sich gemeldet. Die Gespräche sind derzeit jedoch ausgesetzt, weil Verhandlungen mit einem privaten Betreiber laufen.

Alternativ sollte allerdings darüber nachgedacht werden, was zu tun ist, wenn kein Betreiber gefunden wird, oder klar wird, dass diese Lösung nicht die Richtige für Bad König ist.

So müsste über Investitionen nachgedacht werden. Beispielsweise Anschaffung einer Schneekammer für den Saunabereich, Sprudelliegen für das Becken, alternativ Whirlpool auf der Saunaterrasse. Evtl. auch Einbau eines Fisch-Spa. Man muss Leute dazu bringen, neugierig zu werden und nach Bad König zu kommen.

Weiterhin muss über die Attraktivierung des Kinderbereiches durch eine kleine Rutsche oder Wassergeräte und Nivellierung des Außenbereiches, Erweiterung über die Kimbach um weitere Liegefläche zu gewinnen, um das Bad auch im Sommer attraktiv zu halten, nachgedacht werden. Zusätzlich sollte man aufbauend darauf, spätestens alle 5 Jahre, neue Attraktionen einbringen. Ohne Attraktionen keine Verbesserung der Besucher- und damit auch der Umsatzzahlen.

Die Finanzierung solcher Maßnahmen über private Investoren, Förderung aus der Tourismusförderung, oder Finanzierung über eine Umlage sind zu prüfen.

Derzeit wird ausschließlich konzeptionell gearbeitet, das reicht bei weitem nicht, um wirklich etwas zu bewegen.

In 2011 hat die Kur GmbH an der CMT auf Einladung der Odenwald-Tourismus GmbH teilgenommen und hat sich 10 Tage auf dem Maimarkt präsentiert. Für 2012 sind beide Aktionen wieder geplant.

Derzeit befindet sich das Projekt „Gesundheitsregion Odenwald“ im Aufbau, an dem die Kur GmbH mitarbeitet, um sich dort gut zu positionieren.

Die Wandelhalle ist gut angelaufen. Insbesondere der Sonntagsbrunch wird sehr gut nachgefragt. Für 2012 sind viele Aktionen geplant, an Fastnacht gibt es Veranstaltungen. Am 28. April findet ein Country Konzert mit Joe Hodgkins statt.

Herr Dr. Herrmann erinnert an die Zusage zu jeder Stadtverordnetenversammlung die neuesten Zahlen der Verlustzuweisung an die Stadtverordneten bekannt zu geben. Dies sei überhaupt erst ein Mal passiert, seitdem werden diese Zahlen nicht mehr geliefert.

Herr Krebs möchte wissen, was ein privater Betreiber des Bades besser machen kann, bzw. wie er Gewinn machen will.

Frau Ollmann erklärt, dass ein Betreiber, der mehrere Bäder betreibt günstiger einkaufen kann, dies würde ca. 10% beim Wareneinsatz ausmachen. Herr Lüllepop spricht von Einsparungen von 25% und zusätzliche Erträge bei Umstellung des Konzeptes.

Ein Betreiber wird das vorhandene Personal sukzessive übernehmen und kann dann andere Löhne zahlen. Derjenige der ein neues Konzept mitbringt wird auch investieren müssen. Die Stadt könnte bei einer Verpachtung, die Pacht einnehmen.

Herr Dr. Strack möchte wissen, wie die Geldmittel für die neuen Attraktivitäten bereitgestellt werden können.

Frau Ollmann berichtet, dass es durchaus private Investoren aus der Region gibt, die bereit wären zu investieren. Die Kur müsste dann Miete für die Attraktivitäten zahlen. Ggf. könnte man auch über die Tourismusförderung Gelder generieren. Hier müsste die Stadt sich allerdings mit 50% an den Investitionskosten beteiligen.

Herr Giebenhain berichtet, dass nach seinem Eindruck in der Therme unter dem Personal extremer Frust herrscht. Die Anstrengungen des Personals, wenn sie denn da sind, müssten entsprechend gewürdigt werden. Er sieht den Tourismus nicht nur als wichtiges Standbein, sondern auch als Rettungsleine für Bad König. Er möchte wissen, welche Maßnahmen Frau Ollmann hier für zielgerichtet hält.

Frau Ollmann erklärt, dass die Fülle der Aufgaben es durchaus schwierig macht, sich um alles intensiv zu kümmern. Sie merkt an, dass die Übernachtungszahlen um 12,3% gestiegen sind. Derzeit ist sie mit einem Reiseveranstalter aus der Schweiz in Kontakt, der mit Bad König arbeiten will. Ansonsten werden immer wieder E-Bikes, Wanderungen, Wanderwege, Radwege, Wohnmobilstellplätze, Campingplatz nachgefragt. Hier sieht sie unbedingten Aufholbedarf und eine Chance für eine andere Art des Tourismus.

Herr Schlingmann möchte wissen, wie sich die Raumkosten in Höhe von 800.000 € zusammensetzen. Frau Ollmann sagt ihm eine Aufschlüsselung zu. (Die Raumkostenaufteilung ist als Anhang 2 dem Protokoll beigelegt)

Herr Urich möchte wissen, wann man mit der europaweiten Ausschreibung für die Wärmelieferung rechnen kann.

Frau Ollmann erklärt, dass die Ausschreibung in der nächsten Kurverwaltungsratssitzung beschlossen werden muss. Dann muss die Ausschreibung entsprechend vorbereitet werden. Bis zur endgültigen Ausschreibung werden wohl sechs Monate vergehen.

Herr Krebs möchte wissen, was den Kurverwaltungsrat dazu bewogen hat, den Energieanbieter zu wechseln.

Frau Ollmann erklärt, dass der Vertrag ausgelaufen ist und man dem günstigsten Bieter den Vorzug gegeben hat. Die Einsparung zwischen den zwei Bietern beträgt 4.000 €.

TOP 7 Bildung eines Akteneinsichtsausschusses –Wasserhaushalt-

Der Stadtverordnetenvorsteher fragt beim Antragsteller nach, wie viele Mitglieder dieser Akteneinsichtsausschuss haben sollte.

Herr Schlingmann gibt an, dass der Ausschuss 8 Mitglieder haben sollte, so dass jede Fraktion Mitglieder benennen kann.

Frau Seiler erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kein Mitglied benennen wird. Der Gebührenhaushalt und Kalkulationen sind bekannt und da der Ausschuss nichts weiter zu Tage fördern kann, hat die Angelegenheit in ihren Augen keinen Sinn. Wenn die Wassergebühren erhöht werden sollen, dann könne man einfach einen Antrag stellen.

Man einigt sich mehrheitlich auf eine Ausschussgröße von 7 Mitgliedern. Ebenfalls einigt man sich mehrheitlich darauf den Ausschuss nach dem Benennungsverfahren zu besetzen.

Die SPD-Fraktion benennt die Herren Frank Bittner und Raoul Giebenhain.

Die Bürgerliste-Fraktion benennt Herrn Thomas Riedl.

Die ZBK-Fraktion benennt die Herren Steffen Urich und Rolf Landgraf.

Die CDU-Fraktion benennt die Herren Jochen Blatz und Oswin Jäger.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Mitglieder des Akteneinsichtsausschusses –Wasserhaushalt- fest und kündigt an zu konstituierender Sitzung einzuladen.

TOP 8	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 13.12.2011, hier: Erstellung und Inkraftsetzung einer Baumschutzordnung für die Stadt Bad König (STVV 69)
--------------	--

Frau Seiler zitiert eine Beschreibung, was eine Baumschutzsatzung ist. Diese Thesen wurden mehrfach diskutiert. Die Stellungnahme der Verwaltung lehnt jegliches Engagement ab. Hier sollen Bäume geschützt werden. Aber man will sich mit diesem Thema nicht beschäftigen, sogar das Durchlesen einer Mustersatzung wurde im Ausschuss abgelehnt. Diejenigen, die gegen diese Satzung stimmen werden, müssen auch die Verantwortung übernehmen, wenn ein Baum gefällt wird.

Frau Trumpfheller erklärt, dass eine Baumschutzsatzung nur noch für den Innenbereich erlaubt ist. Die in Frage kommenden Grundstücke sind fast alle in städtischer Hand. Ansonsten stimmt sie der Stellungnahme von Herrn Paul zu. Ebenso befürchtet auch sie vorsorgliche Baumfällungen. Sowohl in Bad König, als auch in den Stadtteilen gibt es einen sehr ansprechenden Baumbestand, dem eine fehlende Baumschutzsatzung nicht geschadet hat. Man sollte eine weitere Bürokratisierung vermeiden.

Herr Dr. Herrmann bewundert die Herzenswärme mit der Frau Seiler diesen Antrag verteidigt. Allerdings ist er der Ansicht, dass hier Bürokratie aufgebaut wird, die nichts bringt.

Herr Giebenhain kann das Bestreben von Frau Seiler nachvollziehen. Die SPD-Fraktion teilt jedoch die Ansicht der Verwaltung. Man befürchtet, dass eine entsprechende Verordnung zur Verunsicherung der Bürger führt. Er sieht ein weiteres Problem darin, dass die Verwaltung derzeit mit einer Flut von Anträgen überschüttet wird, die auch bearbeitet werden müssen. Jetzt verlangt man auch noch die Kontrolle einer Baumschutzsatzung, da stellt sich doch die Frage wer das machen soll. Die SPD-Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Herrn Krebs haben die vorgetragenen Argumente nicht überzeugt. Es geht darum, dass Bäume zur Baulandgewinnung abgeholzt werden und das soll nicht sein. In vielen Städten gibt es diese Satzung und sie hat sich bewährt.

Herr Nisch bemerkt, dass viele Bäume und Baumgruppen stadtbildprägenden Charakter haben. Diese Einzelbäume und Baumgruppen sind erhaltenswert. Soweit sie sich nicht in städtischem Besitz befinden, sollte man an die Bürgerschaft appellieren, diese Altbäume zu erhalten.

Herr Gottschalk merkt an, dass keine Odenwaldkommune eine solche Baumschutzsatzung hat.

Erstellung und Inkraftsetzung einer Baumschutzsatzung für die Stadt Bad König

Abstimmungsergebnis:

- 2 Ja-Stimmen**
- 22 Nein-Stimmen**
- 2 Stimmenthaltungen**

TOP 9	Beratung und Beschlussfassung zur Bauleitplanung eines Dritten hier: Gewerbegebiet Brombachtaler Straße 9 (STVV 70)
--------------	--

- d) Antrag eines Dritten (Privaten) auf Bauleitplanung, sowie Abschluss eines städtebaulichen Vertrages**
- e) Einvernahmen zu dem vorgelegten Vorentwurf des städtebaulichen Vertrages**
- f) Beschlussfassung und Aufstellungsbeschluss**

Herr Bittner berichtet aus der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, der die Beschlussfassung einstimmig empfiehlt.

Zu a) Dem Antrag des Vorhabenträgers Walter Rauth GmbH auf Abschluss eines städtebaulichen Vertrages, sowie der Zustimmung zur Aufstellung einer Bauleitplanung „Gewerbegebiet Brombachtaler Str.“ wird stattgegeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung
(Herr Reeg war nicht anwesend)

Zu b) Dem vorgelegten Vorentwurf des städtebaulichen Vertrages zwischen der Stadt Bad König und der Walter Rauth GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

Zu c) Den umseitig formulierten Aufstellungsbeschlüssen für den B-Plan „Gewerbegebiet Brombachtaler Straße“, sowie der teilbereichsbezogenen Flächennutzungsplanänderung (Anpassung) im Parallelverfahren wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

TOP 10	Beratung und Beschlussfassung über die Bauleitplanung der Stadt Bad König hier: B-Plan Nr. 3, 5. Änderung Etzen-Gesäß, In den Wässerwiesen a. Abwägungsvorgang gemäß §§ 3, 4 und 13 BauGB sowie, sofern sich keine wesentlichen Änderungen ergeben b. Beschlussfassung zum Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB
---------------	--

Herr Ortsvorsteher Jäckel erklärt, dass sich der Ortsbeirat Etzen-Gesäß der Stellungnahme der Verwaltung anschließt.

Herr Krebs skizziert die Geschichte dieses Gebietes. Die Eigentümer dieser „nassen“ Wiesen haben die Ausweisung eines Gewerbegebietes vorangetrieben und vorfinanziert. Nachdem sich dann aber keine Gewerbetreibenden gefunden haben, die sich dort ansiedeln wollten, hat man teilweise auf Wohnbebauung geändert. Man ging davon aus, dass die Firma Mönch so bleibt wie sie ist und der Rest Wohnbebauung ist. Jetzt soll sich das Gewerbe weiter vorkämpfen. Er versteht die Leute die dort ein Wohnhaus gebaut haben. Seine Fraktion habe damals gegen die Umwandlung gestimmt.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung für 5 Minuten. (22.05-22.10 Uhr).

Herr Paul erläutert den Sachverhalt. Ursprünglich war dort Gewerbegebiet ausgewiesen. An den Seiten Mischgebiet. Mit der dritten Änderung wurde die Bgm.-Weigel-Str. in Mischgebiet geändert. Weil dort jedoch nur Wohnbebauung entstanden ist wurde in der vierten Änderung allgemeines Wohngebiet ausgewiesen.

Der Bauherr hat einen Grenzabstand von 10 Metern festgelegt. Es liegt der Verwaltung aber noch keine Planung vor.

Bei der fünften Änderung werden nur Klarstellungen getroffen. Die offene Bauweise wird gestrichen. Das Gebäude könnte ohnehin gebaut werden, nur nicht über 50 Meter Länge.

Herr Schlingmann erklärt, dass der Andienungsverkehr den meisten Lärm macht. Fraglich ist, wenn der Verkehr nicht so läuft wie geplant, welche Maßnahmen können dann ergriffen werden.

Herr Paul erklärt, dass die Straßenverkehrsbehörde entsprechenden Einfluss nehmen kann.

Die Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange werden einzeln durchgegangen und abgewogen. Anschließend wird über die Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange en bloc abgestimmt.

Den Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung**

Die Anregungen und Bedenken der Privaten werden einzeln durchgegangen, abgewogen und abgestimmt. (siehe Anlage 1)

Gem. § 10 i.V.m. § 13 BauGB beschließt die Stadtverordnetenversammlung die 5. Teilbereichsänderung bzw. textlichen Klarstellungen des B-Plans Nr. 3 „Die Wässerwiesen“, Stadtteil Etzen-Gesäß bestehend aus Plan- bzw. Textteil (Legende), sowie Begründung (Sachlage).

Der Geltungsbereich umfasst soweit es den Planteil betrifft nur den südlichen Teil, im B-Plan mit „Gebiet 3“ bezeichnet.

Die textlichen Klarstellungen beziehen sich auf alle 3 Gebiete.

Grundlage des Satzungsbeschlusses ist der Änderungsentwurf der Bauverwaltung vom Juli/August 2010.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss der 5. Änderung des B-Plans ortsüblich bekannt zu machen. Hierbei ist anzugeben, dass der geänderte Plan mit Begründung während der allgemeinen Dienststunden im Bauamt, Altes Schloss, DG 3 eingesehen werden kann.

**Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
6 Stimmenthaltungen**

Aufgrund der vorangeschrittenen Zeit können die beiden verbleibenden Tagesordnungspunkte nicht mehr behandelt werden. Der Stadtverordnetenvorsteher bittet darum, den TOP 11

Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Einbindung von privatem Sachverstand in die Betriebsführung der Kurgesellschaft

Antrag der ZBK-Fraktion vom 10.05.2011

hier: Firma GIG mbH, Eschwege, Geschäftsführer Lüllepop
baldmöglichst im Haupt- und Finanzausschuss zu behandeln.

Herr Schlingmann bittet darum, die weiteren Interessenten den Fraktionen mitzuteilen.

Der Stadtverordnetenvorsteher bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 22.35 Uhr.

	
Thomas Seifert Stadtverordnetenvorsteher	Anja Bundschuh Schriftführerin